

Spangenberg-Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Erstausgabe 13 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der bessere Mann“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbelletristik“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Die Millimeter-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Millimeter-Preis für Anzeigen im Textfeld beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für ähnliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Januar 1934 gültigen Preislifte Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr vormittags.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg. 27. Jahrgang.

Nr. 7

Dienstag, den 16. Januar 1934

Französische Saar-Offensive

Pariser Quertreibereien in der Abstimmungsfrage — Genfer „Vorbereitungsausschuß“

Endkampf um die Saar

Die Deutsche Front an den Völkerratsrat

Die Fraktion Deutsche Front des Landesrates des Saargebietes richtet an den Völkerratsrat eine Denkschrift. Einleitend wird festgestellt, daß die Antwort der Regierungskommission auf die Denkschrift der Deutschen Front vom 19. Dezember 1933 an den Völkerratsrat eine solche Fülle von entstellenden Ungenauigkeiten und Unrichtigkeiten enthält, daß sie der Deutschen Front noch einmal Veranlassung zur Klärung und zu der Bitte gibt, der Rat möge eine eingehende Untersuchung der verschiedenen Vorfälle vornehmen lassen. Das Schreiben der Deutschen Front geht dann näher auf mehrere Grenzverhältnisse ein, die zunächst Uebereinstimmung zwischen den Beamten

zeigen. Vergleiche man das Verhalten der Regierungskommission mit ihrem Verhalten bei Grenzverletzungen an der deutsch-luxemburgischen Grenze, so bestche der Unterschied darin, daß alles, was an der französischen Grenze geschehe, still und heimlich tolgelassen werde, während in einem Vorfall an der deutsch-luxemburgischen Grenze die Regierungskommission die ihr notwendig erscheinenden Schritte getan habe. Dies sei ein weiterer Beweis für die einseitige Stellungnahme gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland.

Die Erörterung der Regierungskommission über die Gründe, die zum Erlaß der Verordnung über Veranlassungen zu Wohlthaten geführt haben sollen, verweigere, daß das Gesetz, welches für Wohlthatenverordnungen die erforderliche Genehmigung fordere, die Verordnung vom 15. Februar 1917 sei, die mit dem Inkrafttreten des Verfallers der Verträge ihre Rechtsgültigkeit verloren habe. In der neuen Verordnung seien die alten karitativen Verbände nicht der Aufsicht entzogen worden, unter Umständen unter Staatsverwaltung gestellt zu werden. In dieser Haltung liege eine

außergewöhnliche Einstellung gegen die deutsche Bevölkerung an der Saar.

die sich durch sie in ihren Gefühlen christlicher Nächstenliebe verletzt sehe. Unzutreffend seien auch die Ausführungen, die die Regierungskommission über den Vortrag der NSDAP-Saargebiet gebe. Der Vortrag sei gar kein karitatives Unternehmen gewesen, sondern eine Unterabteilung des politischen Vereins NSDAP-Saargebiet. Weder das Winterhilfswerk noch der Vortrag hätten Anlaß zum Erlaß einer Verordnung geben dürfen, durch welche christliche Nächstenliebe im Völkerratsrat unter Polizeiaufsicht gestellt wird. Weiter wird auf die von der Regierungskommission erwähnten Meinungsverschiedenheiten eingegangen. Nach ehe die Regierungskommission ihre Erwiderung auf die Beschwerde der Denkschrift veröffentlichte, habe der Landesführer der NSDAP-Saargebiet den verantwortlichen Kreisleiter, von Neunfirch-Dittweiler seines Amtes entzogen.

Ausdrücklich müsse nochmals betont werden, daß es dem Landesführer der NSDAP-Saargebiet und der Deutschen Front sowie der gesamten deutschen Saarbevölkerung mit der Einhaltung der Gesetze und der Wahrung strengster Disziplin im Interesse der legalen Rückgliederung des Saargebietes zum Reich bitter ernst sei. Dem Verfallensverbot siehe die Tatsache gegenüber, daß

versammlungen der frankophilen Autonomisten und Separatisten erlaubt

seien. Darin liege eine Begünstigung zum Nachteil der fast die Gesamtbevölkerung umfassenden Saardeutschen, die zu ihrem Vaterland zurück wollen. Die Denkschrift geht dann auf die Ermordung des Hitler-Jungen Welser und des Nationalsozialisten Hemmer ein. In beiden Fällen habe die Regierungskommission versucht, die Bedeutung abzuwägen. In jeder Beziehung der Volksgemeinschaft der deutschen Bevölkerung an der Saar sehe die Regierungskommission einen Angriff auf sich, statt die Bevölkerung verständnisvoll so zu nehmen und zu regieren, wie sie ist und stets war, als deutsche Bevölkerung, die heim zum Mutterland will.

Die zahlenmäßigen Angaben über die Zusammenlegung des Beamtenkörpers ergaben nur dann ein objektives Bild, wenn gleichzeitig auch die Tatsache berücksichtigt werde, daß alle wichtigen Posten der Verwaltung fast ausnahmslos von französischen Beamten besetzt seien, was naturgemäß zur Folge habe, daß die Regierungskommission, und vor allem ihr englischer Präsident, alle Dinge stets durch die französische Brille ansehe.

Die Regierungskommission werde sich damit abfinden müssen, daß sie im Saargebiet eine geschlossene deutsche Bevölkerung zu regieren habe, die unter einheitlicher deutscher Führung stehe. In diese Bevölkerung einen Zwiespalt zu säen, werde ein vergebliches Bemühen sein. Sie werde ausgeben müssen, daß die anstehende Bevölkerung sprachlich

und vollständig ausnahmslos deutsch sei und zu ihrem deutschen Vaterland heimkehren wolle.

Die Regierungskommission werde wie bisher den Vorwurf der Neutralitätsverletzung tragen müssen, solange sie einseitig die Politik der aus Deutschland geflüchteten nicht abstimmungsberechtigten Emigranten unterließe, die im Bündnis mit anderen laarvoileindlichen Verbänden den Willen

der gesamten deutschen Saarbevölkerung auf Rückgliederung zum Reich verständen wollen, weil ihnen das geordnete Deutschland unter nationalsozialistischer Führung nicht zugeht.

Das laarländische Mitglied der Regierungskommission hat es abgelehnt, die Verantwortung für den letzten Vierteljahresbericht, die November-Verordnungen und die Erwiderung der Regierungskommission auf die Denkschrift der Deutschen Front mitzutragen. Die Mitglieder stehen also im Widerspruch zu einander, und zwar billigt das im Saargebiet geborene mit den dortigen Verhältnissen am besten vertraute Mitglied deren Politik seit Monaten nicht mehr. Es brauchte also in der Denkschrift der Deutschen Front nicht erst versucht zu werden, die Mitglieder miteinander in Widerspruch zu stellen. Die Denkschrift schließt mit der Bitte, der Rat möge für die Herbeiführung von Zuständen Sorge tragen, die sowohl dem Interesse des Saargebietes als auch dem Ansehen des Völkerrates dienen können.

Bekenntnis zum Vaterland

Der erste Bauerntag der Saar.

Die Bauernschaft der Saar hielt ihre erste große Versammlung ab, die jährlich besucht war. Die Versammlung wurde mit einem Sieg-Heil auf den Reichsbauernführer Darré, den deutschen Bauernstand und Reichstagsler Adolf Hitler eingeleitet. Diplomandwirt Kehler gab dann einen Überblick über die Bedeutung der laarlandwirtschaft und sprach zum Schluß ein Bekenntnis zum deutschen Vaterland aus, in dem es u. a. heißt:

15 Jahre kämpft der Bauer an der Saar abwechselnd gegen Zwangswirtschaft, gegen Steuerdruck, gegen fremde Konkurrenz, gegen Inflation, gegen Zollschwierigkeiten, gegen Währungsmanöver, gegen Abwertung von außen, gegen Kreditnot, gegen Unverfall von allen Seiten, gegen den Schein einer kulturfröhlichen Prägung. Daher zurück zum deutschen Heimatland, zurück zu geordneten Verhältnissen, in denen Bauer und Arbeiter wieder Brot haben!

Rundgebung der Deutschen Gewerkschaftsfront!

Auf einer Jugendrundgebung der Deutschen Gewerkschaftsfront in Saarbrücken hielt der Führer der Deutschen Gewerkschaftsfront, Peter Kiefer, eine Ansprache, in der er u. a. erklärte: Wir freuen uns aufrichtig, daß die Reichsregierung so Großes auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung leistet. Der neue Einfluß des schaffenden Menschen, fuhr der Redner fort, findet heute seinen sinnfälligen Ausdruck in der Deutschen Arbeitsfront. In ihrem Geiste wird auch die Erziehungsarbeit der Deutschen Gewerkschaftsfront Saar vor sich gehen, weil sie geleistet werden muß, wenn die Volksgemeinschaft wirksam werden und von Bestand bleiben soll.

Peter Kiefer schloß unter jubelndem Beifall seine Rede mit einem begeisterten Bekenntnis zu Deutschland und mit dem Wunsch: Wir wollen heim zu unserem deutschen Volk und Vaterland!

Pariser Schachzüge

Indiskretionen über französische Saarpäne.

Die Pariser Zeitung „Deuvre“ veröffentlicht eine Information, aus der hervorgeht, daß die französische Regierung offenbar die Tagung in Genf zu einer groß angelegten Offensive in der Saargefrage zu benutzen plant. Wie weit sich die Mitteilungen des Blattes auf authentische Informationen stützen, läßt sich natürlich ohne weiteres nicht beurteilen. Auf alle Fälle verdient die Angelegenheit größte Beachtung. Wie das Blatt zu berichten weiß, hat die französische Regierung sich in den letzten Tagen sehr eingehend mit der Saar-Angelegenheit beschäftigt und beschloßen, sich nicht mit der Ernennung eines Ausschusses zu begnügen, der sich mit der Organisierung der Abstimmung im Saargebiet zu befassen haben würde.

Franreich werde vielmehr von allen Mitgliedern des Völkerrates eine genaue Klarstellung der Politik fordern, die die betreffenden Mächte in der Saargefrage betreiben wollten. Außerdem werde die französische Regierung die Auffassung einer internationalen Polizei in einer Kopfstärke von mindestens 4000 Mann verlangen. Dem Völkerrat solle es überlassen bleiben, die Mächte zu bestimmen, die sich an der Bildung dieser Polizei zu beteiligen hätten.

Ueber die Schwierigkeiten, auf die eine derartige Forderung bei den anderen Mächten naturgemäß stoßen müsse, sei man sich allerdings im klaren. Schon jetzt weiß man darauf hin, daß sowohl bei England wie auch bei Italien keinerlei Neigung vorhanden sei, sich daran zu beteiligen. Nichtsdestoweniger sei aber die französische Regierung ent-

schlossen, auf dieser Maßnahme zu beharren, die damit begründet werden soll, daß Frankreich „das ihm vom Völkerrat übertragene Mandat“ im Saargebiet durchführen müsse.

Die Information des „Deuvre“ schließt mit der Ankündigung, daß französische Vorschläge in dem oben gekennzeichneten Sinne entweder am 29. Januar oder am 15. Februar in Genf vorliegen würden. Man werde versuchen, ebenso viele Länder dafür zu gewinnen, wie sich in der Abstimmungsfrage am 14. Oktober für den MacDonald-Plan ausgesprochen hätten.

Saar-Separatisten am Wert!

Je näher die Behandlung der Saargefrage im Völkerratsrat heranrückt, um so emfiger wird das Treiben der laarländisch-separatistischen und autonomistischen Kreise. Während die deutsche Bevölkerung durch ihre Vertretung, die „Deutsche Front“, ihren Willen in Genf kundgab, haben die Gegner des deutschen Gedankens allein drei Denkschriften verschiedener Gruppen und Kreise nach Genf geschickt, ohne auch nur den geringsten Bruchteil der Bevölkerung hinter sich zu haben.

Besonders auffallend ist die Tätigkeit des bekannten Separatisten und Führers der Sozialdemokraten im Saargebiet, Max Braun. Wie die laardeutsche Presse bereits mehrfach meldete, hat Braun in den letzten Wochen sowohl in Genf als in Paris und London Vorlesungen im Sinne des separatistischen Gedankens unternommen. Ueber die Wichtigkeit der Marginalen und Separatisten konnten nach verschiedenen Aeußerungen Brauns und Rundgebungen in Erfahrung gebracht werden, daß diese Wichtigkeit eine doppelte ist.

Einmal wollen sie in Genf erreichen, daß die Saarabstimmung, die nach dem Verfallers Vertrag spätestens im Januar 1935 erfolgen muß, auf mehrere Jahre verschoben wird.

Zum anderen sollen verschiedene Mitglieder der Saarregierung, die den Marginalen und Separatisten nicht affig genug gegen die deutsche Saarbevölkerung vorgehen, entfernt werden. An deren Stelle soll in erster Linie der marginalistische Jude und Rechtsanwalt Dr. Sender aus Saarbrücken treten.

Sender hat schon in mehreren marginalistischen Rundgebungen, die bekanntlich im Gegensatz zu den deutschen Veranstaltungen von der Saarregierung erlaubt sind, zum Ausdruck gebracht, wie er die laarländische Justizverwaltung gegen die deutsch geinnte Bevölkerung auszubauen gedenke.

Das deutsche Volk an der Saar muß gegen dieses dunkle Treiben der Hintermänner Frankreichs vor aller Welt schärfstens protestieren. Es ist unglücklich, daß einige wenige Verbrecher das Schicksal eines Volkes von 800.000 Menschen auch nur im geringsten beeinflussen. Sind doch die meisten dieser Dunkelkammer, wie vor allem auch Max Braun, nicht einmal geborene laarländer und abstimmungsunfähig. Es wäre allerhöchste Zeit, daß der Völkerrat das schändliche Treiben solcher Elemente unterbinden würde.

Zusammentritt des Völkerratsrates

Die öffentliche Sitzung des Völkerratsrates unter Vorsitz des polnischen Außenministers Beck dauerte weniger als 10 Minuten. Von Interesse war lediglich ein Nachruf des Ratspräsidenten für den verstorbenen langjährigen Vertreter Italiens im Völkerrat, Scialoja, der einer der Urheber des Völkerratspactes ist. Nach Verlesung einiger Berichte von geringer Bedeutung wurde die Ratstagung geschlossen.

Erneute Vertagung der Abrüstungskonferenz?

Der Pariser Berichtsfalter der „Times“ meldet, daß Henderson binnen kurzem in Paris erwartet werde, um die Aussichten der Abrüstungskonferenz zu erörtern. Man glaubt, daß nach einer formellen Sitzung des Büros in Genf die Konferenz wieder vertagt werden wird, und zwar mindestens bis zum Februar.

Zum Tode Verurteilter erhängt sich

Dortmund, 16. Januar. Wie die Justizpressestelle mitteilt, hat sich der Kommunist Stephan Kapur, der wegen Ermordung des SS-Mannes Adolf Hoeh am 6. Dezember 1933 zum Tode verurteilt worden war, in seiner Zelle erhängt.

Schweres Grubenunglück

Beuthen, 16. Januar. Auf der Vereinigten Carlsen Zentrum-Grube ging im Flöz 15 eine Kohlenstrecke auf 8 Meter Länge zu Bruch. Zwei Bergleute, die die Stelle gerade passierten, wurden verschüttet. Der Häuer Johann Esaton und der Fördermann Georg Delbit aus Beuthen konnten von den sofort eingeleiteten Rettungsmannschaften nur als Leichen geborgen werden.

Wiederlebensfeier in Lippe

Eine Rede des Führers

Lippe-Deimold steht im Zeichen der großen Wiederlebensfeier, die aus Anlaß der Landtagswahl vom 14. Januar 1933 stattfindet. Allerorts wehen Fahnen, Girlanden bekränzen die Häuser, Gedenktafeln sind aufgestellt worden, die in allen Orten, in denen der Führer zum letzten Male vor seiner Nachfolge seinen Appell an das deutsche Volk richtete, eingemacht wurden.

Der Führer hinterließ ein eindringliches Bild der nationalsozialistischen Bewegung und ihr dann fort.

Das, was vor zwei Jahren noch niemandem von untern Gegnern für möglich gehalten hat, das, was ich Ihnen so oft prophezeit habe, ist eingetroffen. Ich habe den Marxismus zertrümmert, das Zentrum dazu und die bürgerlichen Parteien ebenfalls. (Stürmischer Beifall.) Deutschland ist aus dem Unglück dieser Parteien erlöst. Die deutsche Nation hat nun, wie ich hoffe, für lange, lange Zeit den Weg zu einer weltanschaulichen Einigung gefunden.

Auch bin mir auch klar darüber, daß dieser Prozeß nicht im Jahre 1934 oder 1935 abgeschlossen werden wird, denn wir haben diese Parteien beiseite in der Überzeugung, daß alles, was in der Welt Großes geschehen wird, nur aus dem Wert der Persönlichkeit kommt, daß aber das parlamentarisch-demokratische System die Persönlichkeitswerte vernichtet oder nicht zur Geltung kommen ließ.

Aufgabe einer wirklichen Volkserziehung kann es nur sein, ein Volk auf den richtigen Weg zu bringen, auf den Weg, auf dem es dann durch einen unendlichen Fleiß, durch seine Arbeitskraft, durch seine Begehrtschheit immer mehr dem Ziel seiner großen Aufgabe näherkommt. Ich möchte der Garant und der Führer des Volkes auf diesem Wege sein. Ich habe die Überzeugung, daß der Weg, den wir nun eingeschlagen haben, der richtige ist. Denn wenn wir das Ergebnis des einen Jahres überblicken, dann können wir heute mit Stolz sagen, daß wir schon vieles erreicht haben.

Auch auf außenpolitischem Gebiet stehen wir heute anders da als in dem Zeitpunkt, in dem ich diese Regierung übernommen habe. Wenn wir unter Volk wieder zur Höhe emporführen wollen, dann können wir es nur, wenn wir ihm die Gleichberechtigung in der Welt sichern. Gleiches Recht und gleiche Ehre, das sind die beiden Gesichtspunkte, die ich seit dem 30. Januar 1933 fanatisch verfolgt habe. (Die Rede des Führers wird hier von stürmischem Beifall unterbrochen.) Ich bin der Überzeugung, daß nur auf dieser Basis ein wirklicher Völkerverständnis entstehen kann, nicht indem man einen Teil der Völker zu Sklaven und Sklavenstempel und anderen Rechte gibt, die ihnen nicht zukommen. Wir wollen keinem Volk an seinem Recht rütteln, kein Volk in seinen Lebensmöglichkeiten bedrängen, kein Volk unterdrücken, unterwerfen, unterjochen. Aber die Welt muß auch aufhören, uns zu unterdrücken.

Sie mögen zur Kenntnis nehmen, daß die Zeit nicht mehr da ist, das deutsche Volk zu unterdrücken, zu unterjochen und zu unterwerfen, und daß diese Zeit auch niemals wiederkehrt. (Stürmischer Beifall.) Damit kommen wir einem wirklichen Frieden der Welt näher, als wenn wir reden und verhandeln, dabei aber es an der Achtung vor den anderen fehlen lassen.

Der Tag des 12. November wird ein Ruhmesblatt in seiner Geschichte sein.

Als der Führer geendet hat, beenden, wohl selten so begeistert gelungen, Deutschlands und Horst-Wessel-Lied die Kundgebung.

Anlegung der Erbhöfrolle

Ueber die Anlegung der Erbhöfrolle nach dem Reichserbhöfgesetz teilt das preussische Justizministerium mit:

In Kürze werden die Auerbengerichte im vollständigen Besitz der von den Gemeinden aufgestellten Verzeichnisse über die Besitzungen zwischen 7 1/2 und 125 Hektar Größe sein. Die Auerbengerichte werden sodann unter Zugrundelegung dieser Verzeichnisse und ihrer eigenen Ermittlungen die für die Eintragung in die Erbhöfrolle in Frage kommenden Besitzungen in gerichtliche Verzeichnisse zusammenstellen. Diese gerichtlichen Verzeichnisse bilden die Grundlage für die demnächstige Eintragung der Erbhöfe in die Erbhöfrolle. Um eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Verzeichnisse zu geben, sind sie in verschiedener Form bekanntzumachen. Zu ist jedem Eigentümer eines in das Verzeichnis aufgenommenen Ho-

tes ein Auszug zugestellt. Er erhält dadurch die Möglichkeit, binnen einem Monat Einspruch einzulegen, wenn er glaubt, daß sein Hof zu Unrecht in das Verzeichnis aufgenommen ist oder wenn die zum Hof gehörigen Grundstücke unrichtig, insbesondere nicht vollständig angegeben sind. Unrichtig, insbesondere nicht vollständig, heißt den Auszug auf seine Richtigkeit und Vollständigkeit genau prüfen, da auf diese Weise spätere Unzulänglichkeiten vermieden werden können.

Die gerichtlichen Verzeichnisse werden außerdem einen Monat lang an der Gerichtsstelle des Gerichts öffentlich ausgeschrieben. Hierdurch soll denjenigen Eigentümern, deren Höfe nicht in das Verzeichnis aufgenommen sind, Gelegenheit gegeben werden, Einspruch gegen diese Auslassung zu erheben. Dieser Einspruch muß spätestens binnen zwei Wochen nach Beendigung des Auszuges eingelegt werden.

Zur weiteren Sicherung wird ein Auszug aus dem gerichtlichen Verzeichnis den Gemeindevorsteher zugestellt und von diesen zu jedermanns Einsicht ausgesetzt. Die Gemeindevorsteher müssen den Eingang des Verzeichnisses alsbald zweimal in ortsüblicher Weise bekanntmachen und bei diesen Bekanntmachungen darauf hinweisen, daß ein Eigentümer, dessen Hof nach seiner Ansicht zu Unrecht nicht in das Verzeichnis aufgenommen ist, spätestens binnen zwei Wochen nach Beendigung des Auszuges an der Gerichtsstelle beim Auerbengericht Einspruch einlegen kann.

Schließlich findet eine Nachprüfung der gerichtlichen Verzeichnisse durch die Kreisbauernführer statt, denen die Verzeichnisse zu diesem Zweck ebenfalls zugestellt werden. Grundsätzlich sind die Verzeichnisse in einzelnen Punkten für unrichtig, sind sie zum Beispiel der Ansicht, daß ein Hof zu Unrecht eingetragen oder daß die Angaben über die zum Hof gehörigen Grundstücke unzutreffend sind, so haben sie Einspruch binnen einem Monat nach der Zustellung an sie einzulegen. Der Einspruch kann schriftlich oder zu Protokoll des Urlandsbeamten der Geschäftsstelle des Auerbengerichts eingereicht werden. Ueber den Einspruch entscheidet das Auerbengericht, dessen Beschluß durch sofortige Beschwerde angefochten werden kann. — Wer die gerichtlichen Verzeichnisse für richtig hält, braucht nichts zu unternehmen. Die Eintragung in die Erbhöfrolle erfolgt in diesen Fällen von Amts wegen nach Ablauf der vorgesehenen Fristen.

Roosevelts Währungspläne

Keine Inflation beabsichtigt.

Washington, 16. Januar.

Präsident Roosevelt sandte dem amerikanischen Kongreß eine Botschaft, worin er diesen um eine zufällige Gesetzgebung zur Verbesserung des Finanz- und Währungssystems ersuchte. Das Gesetz soll der Bundesregierung die Verfügung über alles gemünzte und Barengold, das sich in den Vereinigten Staaten befindet, geben.

Die Regierung soll ferner die Berechtigung erhalten, Goldmünzen zu Barren umzuwandeln. Eine Rückkehr zur Goldausgabe ist nach dem neuen Gesetz nicht beabsichtigt. Nur falls die Vereinigten Staaten eine passive Handelsbilanz haben sollten, wird die sogenannte Handelsbilanz durch Verschiffung von Goldbarren ausgeglichen werden. Das Eintreten dieser Notwendigkeit hält man jedoch für wenig wahrscheinlich.

Roosevelt ersucht den Kongreß ferner um Festsetzung eines Rahmens, innerhalb dessen er den Goldgehalt des Dollars herabsetzen kann, und zwar verlangt er die Möglichkeit der Herabsetzung zwischen 60 und 50 v. H., anstatt wie bisher zwischen 100 und 50 v. H. Diese Maßnahme soll der Bevölkerung zeigen, daß die Devaluation des früheren Golddollars nicht über 60 v. H. und nicht unter 50 v. H. betragen soll.

Es soll ferner hierdurch erreicht werden, daß sich die Preise im Inland stabilisieren, und daß der Gehaltsempfänger ein genaues Bild seiner Finanzlage bekommt. Der Dollarwert kann also künftig im Inlande nur innerhalb einer Spanne von 10 v. H. schwanken, bis Roosevelt die endgültige Devaluation vollzogen hat. Wann und zu welchem Kurs er dies tun wird, ist nach wie vor unbekannt. Aus dem durch die Einziehung des Goldes aus dem Besitz der Bundesbanken zu erwartenden Gewinn, den Roosevelt je nach der Höhe des Devaluationskurses auf zwischen 3,4 und 4,2 Milliarden Dollar beizutreiben, soll ein Ausgleichsfonds

Die Klasse kam in Bewegung. „Ja! Ja!“ Viele „Ja“ trafen ihn.

„So, meine Damen, und jetzt bitte ich um Ihr Vertrauen. Ich bitte Ihnen dafür meine unbedingte Kameradschaft, und darauf muß jede von Ihnen mit der Hand reichen.“

Eine nach der anderen trat zu dem neuen Lehrer. Schmale Aristokratenhände legten sich in seine kräftige, harte Rechte.

Jetzt erst begann die eigentliche Vorstellung.

Harry zog die Mädchen ins Gespräch, erkundigte sich nach ihrer Heimat, stellte persönliche Fragen, und sein warmes Interesse, ohne Neugier, gewann ihm die Herzen aller.

Als Rosmarie von Ratt zum Pauschlag vortrat, da suchte er zusammen.

Er hatte es sofort wiedererkannt, das schlanke, raffige Mädchen mit dem braunen, glänzenden Haar und den tiefen, leuchtenden Augen. Wie eine kleine Königin wirkte Rosmarie im Kreise ihrer Kolleginnen.

Er hatte Rosmarie von Ratt auf einem Tanzturnier kennengelernt, bei dem sie mit ihrem Partner, dem jungen Baron von Ebersloh, den zweiten Preis gewann.

Harry mußte lächeln, denn in den Augen des Mädchens stand klar und deutlich die Bitte: „Verrate mich nicht!“

So tat er denn, als sehe er sie zum ersten Male, und dankbar blinnte ihn das Mädchen an.

Harry Scholz nahm das Mittagessen mit Frau von Wetter und zwei Kollegen ein, dem Lehrer Barthel, einem älteren Herrn, und der etwas mittelalterlichen Pandaltheaterbesitzerin Dora von Bessel.

Er kam mit den Kollegen nicht gleich in rechten Kontakt.

Nach dem Essen hat ihn Frau von Wetter zu sich.

„Nun, Herr Scholz, wie haben Sie begonnen?“ „Ganz so, wie ich Ihnen sagte, gnädige Frau. Und ich glaube, daß ich auch hier Erfolg haben werde. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit für einen Vorschlag.“

von 2 weinarden Dollar gebildet werden. Dieser soll zur Stabilisierung des Dollars auf den Weltmarkt wie zur Stützung der Regierungen dienen. Diese von Spekulant an den Markt geworfen werden.

Der Präsident betonte, daß er eine „gute und mit so gut wie beständiger Kaufkraft“ ausbreite und Inflation beabsichtige. Er brauche den Spielraum von 60 und 50 vom Hundert, um von Zeit zu Zeit die Maßnahmen entsprechend den Preisverhältnissen regulieren zu können.

Flottenstand in Ostland

Reval, 16. Januar.

Wie sehr einwandfrei feststeht, hat Ostland der nordischen Flotte verlorene Torpedobootzerstörer rund 1,8 Millionen estländischer Kronen weniger erhalten, als die persianische Regierung für die Schiffe bezahlt hat.

Der Verkauf kam durch Vermittlung der angelegten Firma Bing u. Co. zustande, die früher ihren Sitz in Hamburg hatte. Der riesige Zwischenhandel zwischen sich auf 89 000 englische Pfund beläuft, soll zum großen Teil auf Provisionen entfallen, die an noch unbekannte Mittelsmänner gezahlt werden mußten. Das estnische Parlament hat einen Untersuchungsausschuß mit der Aufklärung dieser dunklen Angelegenheit beauftragt.

General Schanhaiwan hingerichtet

Charbin, 16. Januar.

Der ehemalige Oberbefehlshaber der nordchinesischen Armee in der Mandchurie, General Schanhaiwan, ist im Dienst der mandchurischen Regierung erschossen worden. Er wurde bei Hsichang hingerichtet. Der General, der 20 000 Menschen bewohnten, erklärte dem General, daß er mit Freude fürs Vaterland sterbe.

Oesterreich in der Krise

Kundgebungen bei den Tiroler Stimeisterchaften.

Innsbruck, 16. Januar.

Bei den in Hall (Tirol) stattfindenden Stimeisterchaften kam es zu großen politischen Kundgebungen. Die Teilnehmer forderten die Einziehung der Gendarmen, die sich am aufgezogenen Bajonett an der Sprungkante aufgestellt hatte, ferner die Freilassung dreier im Zusammenhang mit der Meisterschaft verhafteten Nationalsozialisten.

Als die Forderungen nicht erfüllt wurden, langten die Teilnehmer des Horst-Wessel-Lied und das Deutschland-Lied, das von dem größten Teil der rund 2000 Zuschauer mitgeführt wurde. Die Kundgebungen wiederholten sich in der Stadt Hall am späten Nachmittag. Die Garnison wurde aufgeboten. Sie räumte zusammen mit Gendarmen mit gefülltem Bajonett den Stadtplatz. Als die Renneisen zusammenliefen, um die Ergebnisse des Lang- und Wochenslaufs zu berechnen, erschien plötzlich Gendarmen und erklärte, daß alle weiteren Veranstaltungen verboten seien.

Frauenfeld in Möllersdorf

Als sogenannte Gegenmaßnahme wegen der Explosion von fünf Papierböllern in Wien wurden 20 Wiener Nationalsozialisten verhaftet und ins Konzentrationslager Möllersdorf gebracht. Wie verlautet, sind auch Gaudel, Frauenfeld und der ehemalige Bundesrat Schattner, der und Dr. Flohr, der Adjutant des Reichsleiters Albert, die mit diesem verhaftet worden waren, nach Möllersdorf gebracht worden.

Schulfeiern am 18. Januar

Der preussische Kultusminister ruft bei in einem Erlaß für die ihm unterstellten Schulen an, daß am 18. Januar, dem Tag der Gründung des Deutschen Reiches, unter Ausschuß des Unterrichts Reichsgründungsfeiern zu veranstalten sind, und daß bei dieser Gelegenheit gleichzeitig des 30. Januar zu gedenken sei als des Tages der Wiederkehr der Begründung des neuen Reiches durch Adolf Hitler. Diefelbe Anordnung trifft ein weiterer Erlaß des preussischen Kultusministers für die ihm unterstellten Hochschulen, in denen eine akademische Feier anlässlich des 18. Januar stattfinden soll.

In den üblichen ausgetretenen Gleisen kann ich nicht unterrichten, ich stehe als Lehrer, dem es ernst ist mit seinem Beruf, mitten im Leben und fühle mich verpflichtet, meine Schüler für dieses wunderbare, wenn auch harte, manchmal bittere Leben zu erziehen. Sie wollen ja im Grunde genommen daselbe. Aber das Menschliche muß meiner Meinung nach stärker betont werden, ich halte es für meine vornehmste Aufgabe, die Mädchen nicht für ihren Stand ... sondern für das Leben zu erziehen.“

„Wenn Sie es können, Herr Scholz?“ „Ich hoffe es, gnädige Frau! Man muß mit seinem ganzen Herzen, mit seiner ganzen Persönlichkeit dabei sein, und das will ich.“

Frau von Wetter reichte ihm die Hand.

„Ich danke Ihnen, Herr Scholz! Mit mein Vertrauen ist mit Ihnen. Schaffen Sie, formen Sie ganze Menschen aus den unreifen Wesen. Ich glaube, Sie haben das Zeug dazu.“

Am Abend sitzt die Pensionatsinhaberin mit ihren Zöglingen im behaglichen Gesellschaftsraum und unterhält sich zwanglos mit ihnen.

Sie freut sich, denn die Mädchen schwärmen begeistert von dem neuen Lehrer. Das ist zwar der erfahrenen Frau nichts Neues, für seine Lehrer ist auf „Elisabethshöhe“ immer geschwärmt worden.

Aber es liegt mehr in den Worten, sie fängt, daß die jungen Mädchen Hochachtung vor diesem Manne haben. Im Scherz sagt Frau von Wetter leichthin: „Na, neue Wesen kehren gut! Im Anfang sind alle von strahlender Raune, wer weiß, wie sich Herr Scholz noch entpuppt.“ Sie bereut fast ihre Worte, denn mit einem Male schauen die Mädchen ganz böse und gekränkt auf die Sprecherin.

„Wir lassen uns aber trotzdem Herrn Scholz nicht vernichten!“ entgegnet die kleine Dorothea mit blühenden Augen.

Frau von Wetter muß herzlich lachen. Sie zieht das temperamentvolle Mädchen an sich und sagt herzlich: „Will ich ja nicht, meine kleine Dorothea! Mir gefällt Herr Scholz gleichfalls sehr gut, und ich hoffe, daß ihr alle recht habt.“ (Fortsetzung folgt.)

In schönem Roman von WOLFGANG MARKEN

(2. Fortsetzung.)

Geschichtsstunde! „Weichen wir vor allem bei der Geschichte unseres deutschen Vaterlandes“, begann er. „Sie sind doch alle Menschen, die in der neuen Zeit stehen und diese neue Zeit verstehen lernen wollen.“

Und er sprach zu ihnen in seiner einfachen, einprägsamen Art über die Geschichte Deutschlands seit Beendigung des großen Krieges. Er sagte sich mit Recht: Die jungen Menschen, die ich jetzt unterrichte, entstammen der höchsten gesellschaftlichen Kreise. Sie stehen vorläufig noch in keiner Beziehung zum wirklichen Leben, es gilt daher, in ihnen das Verständnis zu wecken, daß sie sich nicht an der Not der Volksgenossen gedankenlos vorbeidrängen und sie nicht sehen wollen.

Die ganze Stunde währte der Vortrag des neuen Lehrers, und sein warmes Herz sprach aus seinen Worten. Es schienen den jungen spielerischen Geschöpfen, als wenn ein Vorhang vor ihren Augen zerrissen würde.

„Das ist die Geschichte unserer Zeit!“ schloß Harry Scholz. „Ich merke es an Ihren Mienen, daß vieles Ihnen noch fremd war. Sie sind in Sorglosigkeit wohlbehütet aufgewachsen und standen zu den Dingen, die ich Ihnen jetzt vor Augen führte, in keiner Beziehung. Sie sollen aber immer bedenken: Der Mensch mag sein wer er will, nach Geburt, Rang, Stand und Namen ... das Herz muß an einer Stelle stehen, das Gute muß Sie leiten, dann erfüllen Sie Ihre Pflicht dem Leben gegenüber, und das wollen Sie doch alle, das sehe ich, ich brauche nur in Ihre braunen, blauen und anderen Jungmädelsaugen zu schauen.“

Aus der Heimat

Evangelberg den 16. Januar 1934.

Nachrichte nimm...

"Nichtes nicht", so schloß die kleine, alte Geheimrätin das lebhaftes Gespräch über einen Mimenstücken. Güte und Großmutter übernahm ihr liebes, altes Gesicht.

"Ich will euch eine Geschichte aus meiner jungen Ehe erzählen."

Damals waren wir Frauen, nur Hausfrauen. Wir wirtschafteten und sparten um die Wette. Mein guter Mann hatte mein Wirtschaftsgeld nicht knapp bemessen und oft befand sich am letzten des Monats noch ein hübsches, ungebrauchtes Stämmchen in meiner Kasse.

Einmal aber — ich weiß nicht mehr, wie es hatte kommen können — konnte ich nicht recht auskommen. Ich wagte aber nicht, es meinem Mann zu sagen! Was tun? Ein eigenes Sparfäßchen besaß ich nicht. Was tun? Da häutete eine Stimme in mir: Dein Mann läßt mitunter sein Portemonnaie liegen. Wenn — — —

Zwei Tage lang wachte ich dieser Einförmigkeit. Am dritten Tage lag das Portemonnaie auf dem Schreibtisch, während mein Mann im Nebenzimmer sein Mittagsschlaf schlief. Ich schloß die Tür auf und nahm das Portemonnaie für mich. Aber ich wollte ja nur sehen, wieviel Geld sich darin befand. — — — aber schließlich — — — wofür brauchte ich denn Geld? Doch nicht für Land und Lurus, nein, für die Wirtschaft. Für den Lebensgehalt meines Mannes zum Sonntag. Es war ja nicht nur für mich!

Ich griff nach dem Portemonnaie, ich — — — öffnete es. Wie rasend klopfte mein Herz, die Schläfen hämmerten es. — — — ich griff hinein. Da räusperte sich mein Mann nebenbei, der Sessel knarrte — — — erschreckt aufden meine Hände zusammen, das Portemonnaie entglitt mir, Geldstücke fielen heraus und rollten, rollten flürend über die Erde. Rollen, klirren, klappten.

Da stand mein Mann auf der Schwelle. Lachend.

"Was machst du denn da, Süßes?"

Tränen würgten meine Kehle.

Tief bückte ich mich zur Erde, mein Gesicht glühte. Ich suchte das Geld auf. Gott, nie, niemals mehr so etwas machen. Hätte ich nur erst alles aufgenommen, beisammen, und hätte aus dem Zimmer geschlüpfen.

Wochenlang hat es mich innerlich gequält. Ich konnte nie ganz froh sein.

Endlich sagte ich es meinem Mann.

"Und — — — er?"

Gedachte und auch mir dann einen stillen Reue."

× **Mütterberatung.** Die Mütterberatung findet morgen um 9 Uhr statt. Beratung unentgeltlich.

× **Die Hitler-Jugend meldet:** Für Sonnabend, den 13. ds. Mts., hatte Gebietsführer Steinacker-Kassel seine sämtlichen Untertänigsten bis zum Gefolgschaftsführer zu einer außerordentlichen Führerbesprechung befohlen. Besonders bedeutungsvoll wurde die Zusammenkunft durch die Anwesenheit des Obergesellschaftsführers Westdeutschlands, Hartmann Lauterbach, der zum erstenmal zu seinen Führern des Gebietes Kirchheffen sprach. Was er den Führern zu sagen hatte, war nichts Leeres. Er wies der Hitlerjugend die Aufgaben für das neue Jahr eindringlich zu. Von besonderer Wichtigkeit waren seine Worte über die bereits eingeleitete und sehr bald noch weiter durchzuführende Eingliederung aller konfessioneller Jugendverbände in die Hitlerjugend. Was der Obergesellschaftsführer über die Aufgabe des Elternhauses und der Schule gegenüber der Jugend und das Verhältnis der Hitlerjugend zu beiden zu sagen hatte, war klar und eindeutig und dazu angetan, Mißverständnisse, die hier und da bei Eltern und Lehrern noch bestehen sollten, in dieser Hinsicht zu beseitigen. Alles in allem war es eine Tagung, die jedem Führer der Hitlerjugend und des Jungvolkes in jeder Hinsicht neue Kraft und Arbeitsfreude mitgegeben hat; er hat wieder einmal mehr erfahren, daß die Hitlerjugend markiert: "... Wir marschieren für Hitler durch Nacht und durch Not mit der Fahne der Jugend für Freiheit und Brot. Unsere Fahne flattert uns voran..."

Gefuche um Eintritt in den FZD. Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes macht darauf aufmerksam, daß die in Deutschland anfassigen Bewerber für den Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst (FZD) sich persönlich auf einem ihnen am nächsten liegenden Meldeamt zum Eintritt in den Arbeitsdienst melden müssen. Wo sich ein Meldeamt befindet, ist auf den Bürgermeistern und auf jedem Arbeitsamt zu erfahren. An Ausweisen müssen mitgebracht werden: entweder die Geburtsurkunde oder das Familienstandsbuch oder andere stichhaltige Ausweise. Die Stempelfarte allein genügt nicht. Schriftliche Bewerbungen sind möglichst zu unterlassen. Bei der Ueberlieferung der Meldeämter können schriftliche Gefuche erst nach längerer Zeit beantwortet werden. Schriftliche Gefuche von Bewerberinnen, die am Eiz eines Meldeamtes wohnen, werden überhaupt nicht beantwortet. Ebenso finden schriftliche Gefuche von Reichsdeutschen im Inlande keine Beantwortung, wenn sie an die Reichsleitung des Arbeitsdienstes gerichtet sind.

Gemeindeeinrichtungen für die arbeitslose Jugend. Der Deutsche Gemeindevorstand hat an die Städte und Landkreise das dringende Ersuchen gerichtet, sich der arbeitslosen Jugendlichen mit besonderer Tatkraft anzunehmen. Die Gemeinden sollen die Jugendlichen im engsten Einvernehmen mit der Leitung der Hitler-Jugend, der SA, der NSDAP, und der NS-Volkswohlfahrt in ihre Dohut nehmen, sofern diese jugendlichen Arbeitslosen nicht schon von der Hitler-Jugend oder der SA ausreichend beschäftigt werden können. Es wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitsämter über Mittel für berufliche Schulung verfügen. Daneben soll den Jugendlichen geistige Bildung vermittelt und stoffliche Betätigung ermöglicht werden, wobei die politische Schulung und die Erziehung zur nationalsozialistischen Weltanschauung natürlich von besonderer Bedeutung ist. Zur Förderung dieser Betreuungsarbeit sind die Gemeinden gebeten worden, ihre Heime, Turnhallen, Schwimmbäder, Sportplätze und Berufsschulen für diesen Zweck in Zusammenarbeit mit dem Arbeiterführer und anderen zuständigen Organisationen zur Verfügung zu stellen.

Allerlei Neuigkeiten

Von der Lubbe beerdigt. Der am 10. Januar hingerichtete Reichstagsbrandstifter Martinus van der Lubbe wurde in aller Stille auf dem Friedhof in Leipzig beerdigt. Zugene waren außer Antisepersonen nur einige Verwandte.

Schwere Wintergewitter über Pfalz und Eifel. Bei stürmischer Westwind-Wetterlage, die reiche Niederschläge brachte, entlief sich über dem Talteßel der Mosel bei Trier ein schweres Gewitter. Der Sturm heftete sich für einige Minuten zum Orkan. Die Gischlöfen prasselten auf die Erde nieder. Mehrere heftige und überaus helle Blitze schlugen mit heftigem Donnerrollen ab. Dieses Wintergewitter im Januar stellt eine seltene Naturerscheinung dar.

Kraftwagenunfall. Ein mit drei Personen besetzter Kraftwagen geriet auf der von Belbert nach Werden führenden Straße ins Schleudern und raste gegen einen Baum. Der Anprall war so heftig, daß einer der Insassen sofort getötet wurde; von den beiden anderen wurde einer schwer, einer leicht verletzt.

Sportflugzeug verunglückt. Das Sportflugzeug „D 2834“, das sich auf einem Flug von Frankfurt kommend befand, verunglückte in der Gegend von Mittenberg, 50 Kilometer westlich Würzburg. Wahrscheinlich infolge eines Bedienungsfehlers stürzte das Flugzeug aus einer Höhe von 200 Metern ab. Der Führer und gleichzeitig Halter des Flugzeuges, Heinz Albert, wurde schwer verletzt; sein Begleiter Ferdinand Lecher kam bei dem Unglück ums Leben.

Motorboot mit drei Insassen vermisst. Seit Sonntag nachmittag wird das Motorboot des Motorbootführers Rüdiger aus Wyl auf Föhr vermisst. Fährchen hatte zwei Fährkräfte von Dagebüll abgeholt, um sie nach Wyl zu bringen. Dort ist das Boot jedoch bisher nicht eingetroffen. Man befürchtet, daß es bei dem schweren Sturm verunglückt ist.

Deutscher Motorhonorar gestrandet. Der deutsche Motorhonorar „Augusta“ aus Hamburg strandete abends in der Nähe von Helsingör. Die aus drei Mann bestehende Besatzung wurde mit Hilfe eines Seiles an Land gebracht. Das Fahrzeug gilt als verloren. Die Mannschaften rettete nur das nackte Leben, und auch die Schiffspapiere wurden zurückgelassen.

Auf der Straße vom Herzschlag ereilt. Der ehemalige Direktor der „Albertina“ in Wien, der berühmten Sammlung alter Graphik, Josef Dr. Josef Weber, wurde auf der Straße von einem Herzschlag ereilt, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Er war 76 Jahre alt.

600 000 Zloty Gewinn aus 1200 Ehecheidungen. Ueber das Strafverfahren gegen das orthodoxe Konsistorium in Warschau werden jetzt weitere Einzelheiten bekannt. Danach sind seit dem Jahre 1931 etwa 1200 Ehecheidungen widerrechtlich ausgesprochen worden, die eine Gesamtsumme von 600 000 Zloty eingebracht haben. Fünf orthodoxe Bischöfe sollen in die Scheidungsangelegenheit verwickelt sein. Nach den polnischen Strafgesetzen droht ihnen eine Strafe bis zu 10 Jahren Gefängnis.

Zugzusammenstoß bei Paris. Ein elektrischer Vorortzug, der zwischen Paris und St. Germain den Pendelverkehr versieht, fuhr in der Nacht bei Becon auf einen nicht durch roten Schlußlicht gekennzeichneten fahrenden Zug auf. Acht Personen wurden leicht verletzt.

Meuterei in einem bulgarischen Gefängnis. Im Gefängnis der alten Bulgarenhauptstadt Tirnovo, in dem über 300 Sträflinge untergebracht sind, brach eine schwere Meuterei aus, die von politischen Gefangenen — meistens Kommunisten — angezettelt wurde. Auf ein verabredetes Zeichen legte in allen Zellen plötzlich ein Höllenlärm ein; die Gefangenen zertrümmerten die Fenster, die Einrichtung und die Türen der Zellen, drangen auf die Flure und stürzten sich auf die Wächter. Es entspann sich ein erbittertes Handgemenge, das für die Bewachungsmannschaften schlecht ausgegangen wäre, wenn nicht rechtzeitig Polizei und Militär eingetroffen wäre, die mit aufgepflanztem Seitengewehr gegen die Aufständischen voringen. Erst nach hartem Kampf konnten die Sträflinge in ihre Zellen zurückgedrängt werden. Auf beiden Seiten hat es zahlreiche Leicht- und Schwerverletzte gegeben.

Beschädigung des Leipziger Sendeturmes gering

Leipzig, 16. Januar. Die bisherigen Untersuchungen über die Entstehung des Brandes am Leipziger Sendeturm haben ergeben, daß an dem Blitzableiterseil, das an einem der vier Gefäße des Turmes herabgeführt ist, in der Nähe einer in das Blitzableiterseil eingeschalteten Hochfrequenzdrossel Sprüherscheinungen aufgetreten sind, die den benachbarten Teil des Holzpfählers zum Glimmen brachten. Der Betrieb des Leipziger Senders mußte für die Dauer dieser Arbeit unterbrochen werden, weil das Bestreben des Turmes bei eingeschaltetem Sender wegen der damit verbundenen Lebensgefahr des Postinspektors Rabe und des Postfachleiters Müller von der Sendestelle Wiederau, die die glimmenden Stellen mit Handbüscheln löschten, hat die zur Nachtzeit besonders schwierige und gefährliche Beilegung der Störung in 1½ Stunden bewältigt werden können.

Erdbeben in Indien

Kalkutta, 16. Januar. In ganz Indien wurde ein starkes Erdbeben verspürt. In der ostindischen Stadt Jamalpur ist der Bahnhof infolge der Erschöpfung eingestürzt. Mehrere Personen sind ums Leben gekommen.

Vulkanausbruch in den Anden

Santiago de Chile, 16. Januar. Der 4700 Meter hohe Vulkan Tinguirica in den Anden an der Grenze von Chile und Argentinien ist in voller Tätigkeit. Er speit Feuer und stößt Lavamassen aus, während starkes unterirdisches Getöse die Umgegend erschütterte. Besiedelte Gebiete liegen nicht in der Nähe.

Aus dem Gerichtssaal

2 Todesurteile gegen Kommunisten rechtskräftig

Das Reichsgericht hat die Revisionen der beiden 18 und 19 Jahre alten Kommunisten Willi Rodow und Otto Woltke verworfen. Damit ist das gegen sie ergangene Urteil des Schwurgerichts in Berlin rechtskräftig geworden, durch das sie wegen gemeinschaftlichen Mordes an dem Hitler-Jungen

Trich Schmiedberg genannt Imme zum Tode verurteilt worden waren.

Die beiden jungen Kommunisten hatten am 20. März v. J. ihr Opfer, in dem sie einen lästigen Mitbewerber von der Straße beseitigten, unter dem Vorwand, gemeinschaftlich auf die Kneipe gehen zu wollen, in den Brunnenwald gelockt und dann in einer dichten Schonung über den Haufen geschossen.

Nachspiel zur Lübecker Impfstoffkatastrophe

Das Reichsgericht verwarf die von dem Berliner Arzt Dr. med. Karl Genter gegen das Urteil des Lübecker Landgerichts vom 19. Juni 1933 eingelegte Revision. Damit ist der Angeklagte wegen fahrlässiger Körperverletzung in drei Fällen rechtskräftig zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Dr. Genter wurde am 31. Mai 1930 auf Veranlassung des Elternausschusses der Gaimme-Gesellschaft und mit Genehmigung des Lübecker Senats nach Lübeck berufen. Ihm wurden 34 Säuglinge übergeben, die bereits verfallen mit virulenten Tuberkelbazillen infiziert waren. Das Gericht sah auf Grund der Sachverständigenurteile als erwiesen an, daß durch die Behandlung des Angeklagten bei drei dieser Kinder Abwehrbildungen durch infizierte Injektionsübertragungen seines von ihm erfundenen Präparats eingetreten waren. Mit diesem Urteilsspruch wurde das gerichtliche Nachspiel der Lübecker Impfstoffkatastrophe abgeschlossen, die von 241 erkrankten Säuglingen 86 Todesopfer forderte.

Landwirtschaftliches

Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft im Reichsnährstand. Im Zuge der vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft verordneten Eingliederung von Verbänden in den Reichsnährstand wird auch die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) in den Reichsnährstand gemäß § 7 der ersten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 8. Dezember 1933 eingegliedert. Um keine Verzögerung in den Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft eintreten zu lassen und um die pflanzliche Ueberlieferung der Geflügel wie auch der finanziellen Verpflichtungen auf den Reichsnährstand zu gewährleisten, hat der Reichsbauernführer R. Walther Darré den Reichskommissar für die Milchwirtschaft und das Mitglied der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Kreisbauernführer Freyherren von Ranne, mit der Durchführung der Eingliederung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft beauftragt.

Die Fahne der Bauern

Eine Anordnung des Reichsbauernführers.

Reichsbauernführer R. Walther Darré hat folgende Anordnung an sämtliche Gliederungen des Reichsnährstandes erlassen: Nachdem nunmehr die Einigung des deutschen Landvolkes im Reichsnährstand Tatsache geworden ist, ordne ich als Ausdruck dieser Tatsache und zum Zeichen unserer Verbundenheit mit der Bewegung Adolf Hitlers als desjenigen Mannes, dem das Landvolk seine endliche Einigung und wirtschaftliche Freiheit verdankt, an:

Soweit in den Untergliederungen des Reichsnährstandes Fahnen oder fahnenähnliche Symbole gewährt werden, dürfen diese nur die Fahne der deutschen Freiheitsbewegung, das Hakenkreuzbanner der NSDAP, sein. Als äußeres Zeichen der Zugehörigkeit zum Reichsnährstand erhalten diese Fahnen die Fahnenpfeile des Reichsnährstandes. Damit wird das öffentliche Zeigen von anderen Fahnen oder Symbolen von seiten der Untergliederungen des Reichsnährstandes mit Wirkung vom 14. Januar 1934 hiermit verboten.

Die alten Fahnen und Symbole der jetzt aufgelösten oder eingegliederten Verbände, ebenso wie die Kampfschilder der Bauernverbände bis zum Jahre 1933 werden vom Landesbauernführer in eine hierfür zu bestimmende und einzurichtende Ehrenhalle überführt.

Kasseler Schlachtviehmarkt

vom 15. Januar

Antrieb: 12 Ochsen, 81 Bullen, 65 Kühe, 73 Kinder, zusammen 181 Stück Großvieh, 588 Schweine, 269 Rälber, 12 Schafe (Lamm).

Sämtliche Preise gelten für 50 kg Lebendgewicht.

Ochsen:	a) vollfleischige ausgewästete höchsten Schlachtwerts 1. jüngere	29—30 M.
	2. ältere	—
b) sonstige vollfleischige 1. jüngere	24—27 "	
	2. ältere	—
c) fleischige	21—23 "	
d) gering genährte	—	
Bullen:	a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtw.	29—30 "
	b) sonstige vollfleischige oder ausgewästete	26—28 "
	c) fleischige	22—25 "
	d) gering genährte	—
Kühe:	a) jüngere vollf. höchsten Schlachtwerts	26—28 "
	b) sonstige vollfleischige oder ausgewästete	22—25 "
	c) fleischige	19—21 "
	d) gering genährte	12—16 "
Färsen: (Räbinnen) a) vollfleischige ausgewästete höchsten Schlachtwerts	31—33 "	
	b) vollfleischige	26—30 "
	c) fleischige	22—25 "
Freier:	Mäßig genährtes Jungvieh	—
Rälber:	a) Doppelpender bester Wast	26—30 "
	b) beste Wast und Saugkälber	22—25 "
	c) mittlere Wast und Saugkälber	18—21 "
	d) geringe Rälber	—
Schweine:	a) Ferkelschweine über 300 Pfd. Lebendgew.	45—49 "
	b) vollf. Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgewicht	40—47 "
	c) vollf. Schweine von ca. 200 bis 240 Pfd. Lebendgewicht	40—45 "
	d) vollf. Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht	39—42 "
	e) fleischige Schweine von 120—160 Pfd. Lebendgewicht	39—42 "
	f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht	—
	g) Sauen	42—46 "

Die Preise sind Marktpreise für mäßigen genogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Ställe für Frucht- und Verkaufsstellen, Umkaufsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich auf den Preis der Ställe beziehen.

Markterlauf: Sehr langsam, überall Ueberstand.

